

Profite privat? Die Banken dem Staat!

Es war ein Crash mit Ansage, der sich vor ein paar Wochen dann endgültig vollzogen hat. Die CS ist über Jahre eine Hochrisikostategie gefahren, am Ende musste sie vom Staat und der UBS gerettet werden. Insgesamt bis zu 259 Milliarden Franken an Staatsgeldern wurden dieser Grossbank in den Rachen geschmissen.

Wir wollen nicht weiterhin alle paar Jahre hören, diese Grossbanken seien halt «too big to fail» und man müsse sie jetzt retten, damit das gleiche, ungerechte System weitergezogen werden kann.

259 Milliarden, während es bei den Renten, in der Bildung und beim Klimaschutz an allen Ecken und Enden an Geld fehlt.

Kurz nach der milliardenschweren Rettung der CS kündigt Finanzministerin Karin Keller-Sutter ausserdem eine Kürzung um 260 Millionen Franken bei der AHV an. Das ist bezeichnend für den bürgerlichen Staat und seine Prioritäten. Denn wo diese liegen, hat er mit dieser Aktion einmal mehr eindrücklich bewiesen: nämlich im Schutz des Schweizer Kapitalismus und seinem höchsten Gut: den Schweizer Banken. Die Manager:innen und Mächtigen dieser Banken nehmen dieses Geld mit Freude entgegen und machen ihrer Dreistigkeit keinen Abbruch. An der Generalversammlung des 4. April liess sich

der Verwaltungsrat der CS trotz des Zusammenbruchs eine Unmenge an Boni ausschütten. Insgesamt 32 Milliarden an Boni liessen sich die Manager:innen seit 2013 auszahlen. Dies grenzt an einen Bankraub. Kein Bankraub mit Knarren, aber einer mit System, um Mirjam Hostettmann, Vizepräsidentin der Juso Schweiz und Rednerin an dieser GV, zu zitieren.

Kurz gesagt: Mit dieser Übernahme wird sich kaum etwas ändern. Es ist ein marodes Finanzsystem, das auf Deregulierung aufbaut, das für die Finanzkrise 2008, für diese Krise jetzt und auch für den nächsten Finanz-Crash verantwortlich sein wird.

Ganz nach dem Motto: Profite privat, Verluste dem Staat. Aber nicht mit uns. Die Zeit, in der Gewinne und Wohlstand für das eine Prozent und Krise und Not für die 99 Prozent der Status quo sind, müssen endlich vorbei sein. Wir wollen nicht weiterhin alle paar Jahre hören, diese Grossbanken seien halt «too big to fail» und man müsse sie jetzt retten, damit das gleiche, ungerechte System weitergezogen werden kann.

Deshalb rufen wir zur Grossdemonstration in Zürich am 22. April um 14 Uhr am Ni-Una-Menos-Platz auf und fordern die Enteignung und Vergesellschaftung aller Grossbanken, ein allgemeines Boni-Verbot, das Verbot von klimaschädlichen und anderweitig ausbeuterischen Investitionen sowie eine Stärkung des Sozialstaats. Wir fordern hiermit alle, die nicht mit dem Handeln des Bundesrates und der Grossbanken übereinstimmen und/oder die kapitalistische Realität als unterdrückend empfinden auf, sich an diesem Tag die Strassen im Herz des Systems dieser Grossbanken zu nehmen.

Wir sind viele. Wir sind mehr. Die Menschen gegen das Kapital!



Fernando Frauenfelder, Mitglied der Juso Stadt Zürich, Vorstand Juso Kanton Zürich

Hufeisentheorie – Gefährliche Verharmlosung von Rechtsextremismus

Wenn es bei linken Demonstrationen zu Gewaltausschreitungen kommt, werden wieder Rufe um die Hufeisentheorie laut. Diese besagt, dass sich extremistische Ideologien wie Kommunismus oder Faschismus im Kern ähneln und die Enden eines Hufeisens bilden, welches das gesamte politische Spektrum darstellen soll. Die Theorie lässt den Anschein erwecken, dass die Folgen von linksextremem Gewalt genauso schwerwiegend seien wie die von rechtsextremem Gewalt.

Gewalt ist immer zu verurteilen und zu keinem einzigen Zeitpunkt zu verharmlosen. Es gibt jedoch einige Unterschiede bei linksextremem und rechtsextremem Gewalt, welche die Motive und die Folgen betreffen. Diese lassen die Taten doch in ganz unterschiedliches Licht rücken. Während Linksextreme die Motive der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Gleichstellung verfolgen und gegen unterdrückende Machtstrukturen einstehen, verfolgen Rechtsextreme rassistische, nationalistische und autoritäre Ideologien. Es geht oft darum, für eigenes Leid einen Sündenbock zu finden und diesen zu bestrafen. Der gesuchte Sündenbock ist dabei meist selbst schon Teil einer Minderheit und ist nicht der Grund für das erfahrene Leid von anderen.

Opfer von rechtsextremem Gewalt sind öfters Menschen, bei linksextremem Gewalt handelt es sich mehrheitlich um Sachschäden. So wurden zwischen 1990 und 2020 in Deutschland vier Menschenleben Opfer von linksextremem Gewalt, während durch rechtsextreme Gewalt 198 mutmasslich getötet wurden. Klar ist, dass jeder Verlust von Menschenleben einer zu viel ist, und kein Motiv kann das auch nur ansatzweise rechtfertigen. Die Zahlen sprechen jedoch für sich selbst.

Die Hufeisentheorie relativiert menschenverachtende, rassistisch motivierte Gewalt und verharmlost diese. Sie verleitet dazu, die Bedrohung durch Rechtsextremismus zu wenig ernst zu nehmen. Rechts-extremistisches Gedankengut wird

Die Hufeisentheorie relativiert menschenverachtende, rassistisch motivierte Gewalt und verharmlost diese. Sie verleitet dazu, die Bedrohung durch Rechtsextremismus zu wenig ernst zu nehmen.

normalisiert, wodurch es schwieriger wird, sich gegen Hassverbrechen und Diskriminierung zu wehren. Des Weiteren verunmöglicht er den Antifaschismus und den Handlungsrahmen, um Schritte dagegen zu unternehmen. Wenn wir gegen rassistische und menschenverachtende Ideologien kämpfen wollen, müssen wir das Problem auch klar beim Namen nennen.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Hufeisentheorie gefährlich und förderlich für rechtsextremes Gedankengut ist. Wir müssen uns klar dagegen positionieren und dem Rechtsextremismus keine Möglichkeiten geben, sich zu verbreiten und als scheinbar legitime Meinung zu etablieren. Kein Fussbreit dem Faschismus!



Nadja Wirth, Vorstand Junge Grüne Zürich & Schweiz